

# Frage 1 – Welche konkreten Schritte wollen Sie durchsetzen, um den **Renovierungstau** an den Reutlinger Schulen innerhalb der nächsten fünf Jahre vollständig abzubauen?

## Grüne & Unabhängige

Wir Grünen und Unabhängigen haben bereits für den Doppelhaushalt 2024/25 zusätzliche Haushaltsmittel für Schulsanierungen beantragt. Mit den anderen Fraktionen haben wir uns verständigt und der Gemeinderat hat für Schulsanierungen bis zu 11 Millionen Euro zusätzlich in den städtischen Haushalt aufgenommen. Angesichts des großen Renovierungstaus an Reutlinger Schulgebäuden ist diese Summe zwar nicht ausreichend aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Wir Grünen und Unabhängigen stehen für gerechte Bildungschancen. Unseren Kindern und Jugendlichen optimale Lernbedingungen bieten zu können, gehört für uns zum Kern der kommunalen Daseinsfürsorge. Die bedarfsgerechte Erweiterung unserer städtischen Schulen ist eine wichtige kommunale Pflichtaufgabe. Wir sind uns sicher, die Schulstadt Reutlingen kann diese Herausforderung mit finanzieller Unterstützung aus der vom Land erhöhten Schulbauförderung schaffen.

## WiR

Wie weitläufig bekannt ist, ist die finanzielle Situation der Stadt Reutlingen sehr angespannt. Um den Renovierungstau abzubauen, müssen Gelder bereitgestellt werden, so dass Baumaßnahmen durchgeführt werden können. Dazu ist es notwendig, das Thema Schulen in allen Köpfen als wegweisend für die Zukunft von Reutlingen zu positionieren.

WiR möchte das Thema Schulen priorisieren. Über die Priorisierung sollen die knappen Gelder fokussiert und mit einem Schwerpunkt für Schulen eingesetzt werden.

## SPD

Es ist notwendig und wünschenswert, den Sanierungstau an den Reutlinger Schulen innerhalb der nächsten fünf Jahre vollständig abzubauen. Es wären jedoch falsche Versprechungen, wenn man dies angesichts der Größe der Aufgabe und der zur Verfügung stehenden Mittel in Aussicht stellen würde. Falsche Wahlversprechungen führen zur Demokratieverdrossenheit.

Es geht also um eine Priorisierung der Maßnahmen. Diese Priorisierung hat der Gemeinderat bei den Beschlüssen zum Haushalt 2024 und 2025 als Aufgabe beschlossen. Im Herbst 2024 wird darüber diskutiert werden. Die bereits einmal etatisierten Baumaßnahmen in der Friedrich-Hoffmann-Gemeinschaftsschule, der Minna-Specht-Gemeinschaftsschule und das Spitalhofgebäude des Friedrich-List-Gymnasiums haben für die SPD dabei Vorrang. Dies sind Kosten von über 25 Mio. €. Im Zeitraum der nächsten 5 Jahre wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 8 Mio. ins Auge gefasst. Man wird also sehen, wie schnell die Sanierungen umgesetzt werden können. Baupreissteigerungen sind zu erwarten.

## FDP

Die FDP hat zusammen mit anderen Fraktionen beschlossen, dass bereits im Doppelhaushalt 24/25 zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu elf Millionen Euro für Schulsanierungen ausgegeben werden. Wir werden weiterhin Mittel für diesen Zweck „zusammenkratzen“.

# Frage 1 – Welche konkreten Schritte wollen Sie durchsetzen, um den **Renovierungstau** an den Reutlinger Schulen innerhalb der nächsten fünf Jahre vollständig abzubauen?

## CDU

Für die CDU stehen die Schulsanierungen auch im nächsten Doppelhaushalt an erster Stelle. Wir werden jetzt noch vor den Sommerferien einen Sanierungsplan entsprechend der Dringlichkeit bei der Verwaltung beantragen. Dies wird die Grundlage sein für die Beratungen in den nächsten Haushaltsberatungen. Wie bereits beim Doppelhaushalt 2024/2025 werden wir entsprechend der Dringlichkeit die Umsetzung der Sanierungen beantragen und hoffen hierfür eine Mehrheit zu erhalten. Die CDU ist der Meinung, dass für die künftigen Haushalte Sanierungsmittel von 5 Mio Euro zu wenig sind.

## AFD

Wir stehen für ehrliche Politik und dazu gehören auch unangenehme Wahrheiten. Es wird nicht möglich sein den Investitionsstau der letzten Jahrzehnte innerhalb kurzer Zeit zu beseitigen. In unserem Wahlprogramm ist Schule ein großes Thema und wir werden jeder sinnvollen Investition zustimmen und eigene Anträge einbringen. Denn unsere Kinder und ihre Bildung sind unsere Zukunft.

## FWV

Im städtischen Haushalt sind rund 26 Mill. € für Schulrenovierung enthalten. Wenn weitere Gelder zur Verfügung stehen, werden von der FWV weitere Renovierungen befürwortet. Ein vollständiger Abbau in fünf Jahren wäre wünschenswert – ist aber unrealistisch.

## Linke

Die Stadt Reutlingen leidet seit ein paar Jahren unter akuter Finanznot. Das Konzept durch Gewerbeansiedlung die Einnahmeseite zu steigern halten wir auch unter dem ökologischen Aspekt für illusorisch und nicht nachhaltig, zumal die zusätzlichen Arbeitskräfte mit ihren Kindern auch ein höheren Bedarf z.B. an Schulplätzen auslösen.

Die Stadt wird diesbezüglich von der Landes- und Bundespolitik im Stich gelassen.

Die mögliche Lösung durch eine stärkere Besteuerung des wachsenden Reichtums wird abgelehnt.

Trotz dieser aufgezwungenen Mangelverwaltung setzen wir die Priorität auf die in Reutlingen notwendigen Schulrenovierungen und auf den notwendigen Ausbau der Schulkapazitäten.

## Frage 2 – Wie sieht Ihr Konzept aus, um die Empfehlungen des Kreises Reutlingen hinsichtlich Schulsozialarbeit bis 2026 umzusetzen?

### Grüne & Unabhängige

Wir Grünen und Unabhängigen begrüßen die geänderten Richtlinien des Landkreises für die Schulsozialarbeit. Danach wären 11 zusätzliche Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit über alle Reutlinger Schulen hinweg erforderlich. Träger der Schulsozialarbeit an den Reutlinger Schulen sind die Schulfördervereine. Die Personalkosten werden durch das Land, den Landkreis und die Stadt getragen. Die Stadtverwaltung schätzt den Finanzierungsbeitrag der Stadt Reutlingen für 11 zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit auf 249 000 Euro pro Jahr. Dieser Finanzierungsbeitrag der Stadt ist erforderlich, um die Zuschüsse des Landes und des Landkreises zu erhalten. In den Haushaltsberatungen haben wir für unseren Antrag, die Mittel für die Schulsozialarbeit bis 2026 stufenweise um 250 000 Euro zu erhöhen, leider keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden. Die Schulsozialarbeit ist ein substanzieller Beitrag zur Erhöhung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, dass die Stadt Reutlingen die Richtlinien des Landkreises für die Schulsozialarbeit in vollem Umfang umsetzt.

### WiR

Neulich meldete die Tagesschau, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Zunahme der Gewalt an Schulen wahrnehmen. Zeit zum Handeln! WiR möchten die Stellen für soziale Arbeit an Schulen erhöhen und der Stadtverwaltung die Verantwortlichkeit in Sachen Schulsozialarbeit übertragen.

WiR fordert, dass diese Empfehlung umgesetzt wird, verbunden mit der Forderung, die Schulsozialarbeit in die Verantwortung der Stadtverwaltung zu geben, damit sich die Fördervereine ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können.

### SPD

Die SPD hat sich von Anfang an für die Schulsozialarbeit eingesetzt. Der anfängliche große Widerstand gegen die Schulsozialarbeit ist jetzt einer weitgehenden Zustimmung gewichen. Mittlerweile ist es auch anerkannt, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen notwendig ist. Die SPD setzt sich für den weiteren Ausbau der Stellen für die Schulsozialarbeit ein.

Der Landkreis hat die Richtlinien dahingehend geändert, dass „die Stellen Neuberechnung durch einen Aushandlungsprozess zwischen Schulträger und Kreisjugendamt abgelöst wird, bei dem die Unterstützungsbedarfe im Sozialraum mit der Gesamtversorgung an Hilfen im Sozialraum abgeglichen werden können und sollen.“ (Kreistagsdrucksache Nr. X-0670 Seite 2 vom 24.10.2023)

Im Kreishaushalt 2024/ 2025 sind insgesamt vier neuen Stellen eingestellt, für die jetzt der Aushandlungsprozess stattfinden muss. Angemeldet ist in Reutlingen eine halbe Stelle in der Grundschule Altenburg. Die neuen Stellen sind jedoch für den gesamten Landkreis.

### FDP

Die FDP hat sich immer für die Schulsozialarbeit und eine bessere Ausstattung der Schulfördervereine eingesetzt. Deshalb werden wir die Stadtverwaltung auffordern, zusätzliche Mittel dafür bereitzustellen.

## Frage 2 – Wie sieht Ihr Konzept aus, um die Empfehlungen des Kreises Reutlingen hinsichtlich Schulsozialarbeit bis 2026 umzusetzen?

### CDU

Die Notwendigkeit für die Schulsozialarbeit an allen Schulen ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Fallzahlen zeigen einen erhöhten Bedarf für den Ausbau der Stellen im Bereich Schulsozialarbeit an den Reutlinger Schulen gegenüber den Schulen im Landkreis. Deshalb ist die CDU Reutlingen der Meinung, dass hier die Stellen angemessen ausgebaut werden sollen. Eine enge Zusammenarbeit besonders auch bei der Personalgewinnung ist hier zwischen Stadt und Landkreis dringend erforderlich.

### AFD

Sozialarbeit ist Symptombekämpfung. Ein großes Problem an den Schulen sind die vielen zu integrierenden Kinder, die einerseits traumatisiert sind und auch die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen. Durch die vielen Nationalitäten und Reizüberflutung durch Medien entstehen an den Schulen natürlich zwischenmenschliche Probleme. Wichtig zu erwähnen ist hierbei, dass die Elternhäuser (auch mehrsprachig) mit einbezogen werden müssen. Daher ist es zwingend notwendig dringend die Schulsozialarbeit auszubauen. Es müssen neben Sozialarbeitern/innenstellen auch Bundesfreiwilligendienststellen errichtet werden. Um den Landkreis Reutlingen für Schulsozialarbeiter/innen schmackhaft zu machen, sollte man sich einmal überlegen, ob der Landkreis/Gemeinde Reutlingen nicht auch Wohnungen zur Verfügung stellen könnte, damit auch Sozialarbeiter/innen aus anderen Teilen Deutschlands sich hier niederlassen könnten. Dies werden wir in der nächsten Legislaturperiode als Antrag in den Kreis und Gemeinderat einbringen. Wir werden anstreben, dass mehr Fördergelder von Bund/Land/Kommune frei gemacht werden um diese Arbeit zu unterstützen.

### FWV

Schulsozialarbeit ist der FWV als niederschwelliges Angebot wichtig. Finanziell zuständig ist aber der Landkreis. Aufgeschlossen ist die FWV für Einzelfallentscheidungen – als Freiwilligkeitsleistung der Stadt Reutlingen ist dies möglich.

### Linke

Wir unterstützen diese Empfehlungen. Die Trägerschaft der Schulsozialarbeit durch zum Teil sehr kleine Schulfördervereine, deren Existenz unsicher ist und die mit Personalverantwortung gegenüber den Schulsozialarbeiter\*innen überfordert sind, lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine Trägerschaft der Schulsozialarbeiter\*innen durch die Stadt ein. Wir hatten dazu ein Hearing angestoßen, fanden aber weder bei der Verwaltung noch bei der Gemeinderatsmehrheit ausreichend Unterstützung.

# Frage 3 – Wie gestalten Sie das weitere Vorgehen in Bezug auf die Erweiterung der Reutlinger Gymnasien?

## Grüne & Unabhängige

Die Reutlinger Bevölkerung wächst und die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den nächsten 10 Jahren zunehmen. In den Grundschulen steigen die Schülerzahlen bereits. Dieser Anstieg führt absehbar zu höheren Übergängen in die weiterführenden Schulen. Wir haben deshalb 2023 eine Schulentwicklungsplanung für alle Reutlinger Schulen beantragt. Der Gemeinderat hat inzwischen einstimmig beschlossen, im Jahr 2024 eine externe Schulentwicklungsplanung zu beauftragen, die in Kürze beginnen soll. Auch die Wiedereinführung von G9 wird ab dem Schuljahr 2033/34 für zusätzlichen Raumbedarf an den Gymnasien sorgen. Es gilt jetzt, den zusätzlichen Raumbedarf an allen Schulen in städtischer Trägerschaft zu ermitteln und anschließend zu priorisieren, welche städtischen Schulen in welcher Reihenfolge erweitert werden müssen und können. Wir brauchen dazu auch zusätzliche Mittel aus der Schulbauförderung des Landes zur Finanzierung. Schulentwicklung braucht vorausschauende Planung und breite Beteiligung. Dafür setzen wir Grünen und Unabhängigen uns ein.

## WiR

WiR hatte sich bislang bereits für die Erweiterung der bestehenden Gymnasien ausgesprochen und entsprechend gegen das 6. Gymnasium gestimmt. Daher begrüßen wir auch die jetzt mögliche umfassende Schulentwicklungsplanung, bevor eine weitreichende Entscheidung für die Stadt Reutlingen getroffen wird.

## SPD

Die SPD unterstützt die Planungen für ein weiteres Gymnasium im Ganztagesbetrieb und einem diakonischen Profil in Trägerschaft durch die Ev. Schulstiftung. Dieses Profil gibt es in Reutlingen noch nicht. Es ergänzt die vielen sozialen Einrichtungen, Fachschulen und Fachhochschulen für sozialpädagogische Berufe in der Stadt. Die soziale Gestaltung des Schulgelds ist für die SPD dabei entscheidend wichtig. Die Schulstiftung hat dies zugesagt.

Mit der Investition durch die Ev. Schulstiftung kann sich die Stadt auf die Sanierung und den Ausbau der bestehenden Schulen konzentrieren. Dies ist überfällig und hat für die SPD Vorrang. Zu 100 Mio. für die Schulsanierungen kämen ansonsten 16 Mio. für Erweiterungen der städtischen Gymnasien hinzu.

Derzeit liegt die Entscheidung auf Eis, weil die Kosten der Investition noch nicht absehbar sind, da die Einführung des neunjährigen Gymnasiums vom Land noch nicht entschieden ist. Dies muss abgewartet werden.

## FDP

Die FDP ist nach wie vor für ein sechstes Gymnasium in freier Trägerschaft. Sollte die evangelische Schulstiftung endgültig absagen, werden wir die Stadtverwaltung auffordern, nach einem anderen freien Träger zu suchen.

## Frage 3 – Wie gestalten Sie das weitere Vorgehen in Bezug auf die Erweiterung der Reutlinger Gymnasien?

### CDU

Die CDU Reutlingen hat die Planungen zum 6. Gymnasium unterstützt. Der Bedarf für ein weiteres Gymnasium ist deutlich vorhanden und ein diakonisches Profil hätte ein Alleinstellungsmerkmal in Baden-Württemberg. Im Hinblick auf den steigenden Bedarf ist es aber genauso wichtig, dass unsere 5 Reutlinger Gymnasien sofort und entsprechend ihrem Bedarf saniert und ausgebaut werden hierfür werden wir die Erhöhung der Investitionsmittel beantragen (siehe Ziff.1.).

### AFD

Die AfD setzt sich grundsätzlich für einen Ausbau des Schulangebotes ein. Da das Land Baden-Württemberg (Kultusministerium) gemerkt hat, dass die momentan gültige Schulform G8 dringend überdacht werden muss und man auf dem alten G9 System in näherer Zukunft wieder zurückkehren wird, sollten auch die Erweiterungen der Reutlinger Gymnasien neu durchdacht werden.

### FWV

Die FWV hätte dem Bau eines sechsten Gymnasiums durch einen privaten Schulträger zugestimmt. Leider ist das Projekt durch die Hinhaltenaktik anderer Akteure im Gemeinderat b.a.w. auf Eis gelegt. Neu-/Anbauten durch die Stadt Reutlingen sind z.Zt. nicht finanzierbar.

### Linke

Alle Schulleitungen der Reutlinger Gymnasien haben der Stadtverwaltung signalisiert, dass sie den notwendigen Kapazitätsausbau schultern können.

Die Stadtverwaltung hat dieses Angebot nicht ausreichend geprüft und statt dessen auf eine weiteres Gymnasium in evangelischer Trägerschaft gesetzt. Jetzt muss auf dieses Angebot eingegangen werden.

## Frage 4 – Welche nächsten Schritte planen Sie zur Umsetzung des ursprünglichen Stufenplans zur Digitalisierung der Reutlinger Schulen?

### Grüne & Unabhängige

Nachdem die Stadt Reutlingen die Ausstattung der Reutlinger Schulen mit digitalen Geräten mit den Mitteln aus dem Digitalpakt Schule stark verbessern konnte, ist jetzt die Unterstützung der Schulen bei der Administration und Wartung der Geräte wichtig. Die Schulen müssen dabei noch stärker unterstützt werden, damit Lehrkräfte Zeit für die Gestaltung des Lernens auch im Bereich digitaler Medien haben.

### WiR

Die Antwort zum Renovierungsstau beinhaltet die Antwort hierzu. Auch das geht nur mit einer Priorisierung der Schulen. WiR steht ganz klar zu einer Digitalisierung der Schulen, deshalb fordern wir im Wahlprogramm:

Eine schnelle und umfassende Digitalisierung von Schulen!

Ohne mobile Endgeräte und digitale Kommunikationsformen arbeitet heute kein Unternehmen mehr – warum also unsere Schüler? WiR fordern eine schnelle und umfassende Digitalisierung von Schulen. Dazu gehört vor allem eine – von der Stadt langfristig abgesicherte – Ausstattung der Klassenzimmer, Lehrer und Schüler mit entsprechenden Technologien.

### SPD

Die Haushaltskonsolidierung hat auch im Bereich der Digitalisierung massive Einschnitte gebracht. Der städtische Haushalt muss genehmigungsfähig sein, sonst wird die Haushaltsführung durch das Regierungspräsidium vorgeschrieben. Die Konzentration auf die Pflichtaufgaben ist die Folge der fehlenden städtischen Einnahmen. Die SPD tritt dafür ein, dass alles Notwendige auch im Bereich der Digitalisierung getan wird. Bildung hat für uns Priorität.

Wenn sie von Schritten sprechen, dann erwecken sie den Eindruck, dass die Umsetzung der Digitalisierung eine politische Entscheidung ist. Angesichts der Haushaltsprobleme liegt die politische Entscheidung in einer vorausschauenden Haushaltspolitik, welche die Priorisierung der Bildung möglich macht und trotzdem andere wichtige Aufgaben der Stadt, z.B. bei der Herstellung der Klimaneutralität, bei der Veränderung zu einer klimaverträglichen Stadt oder bei dem Wandel der Mobilität für mehr Fußwege, Radwege, Stadtbus und Regionalstadtbahn, nicht aus dem Blick geraten zu lassen.

### FDP

Wir erwarten von der Stadtverwaltung, dass sie alle Kräfte mobilisiert, um den Stufenplan umzusetzen. Dazu können auch private Dienstleister hinzugezogen werden.

## Frage 4 – Welche nächsten Schritte planen Sie zur Umsetzung des ursprünglichen Stufenplans zur Digitalisierung der Reutlinger Schulen?

### CDU

Für den Ausbau der Digitalisierung an Schulen ist es dringend notwendig die Sachmittelansätze für die Reutlinger Schulen im nächsten Haushalt zu erhöhen, dies wird die CDU beantragen. Erforderliche Investitionen für die Ausstattung der Schulen müssen ebenfalls rasch auf den Weg gebracht werden.

### AFD

Natürlich muss die digitale Infrastruktur in den Schulen gegeben sein. Wir werden auf Landesebene dafür kämpfen, dass zusätzliche Mittel zu dem DigitalPakt für Schulen freigemacht werden, damit jedes Kind ab der weiterführenden Schule ein Tablett zur Verfügung gestellt werden kann und da darf nicht unterscheiden werden auf welcher weiterführenden Schule das Kind geht.

### FWV

Die FWV unterstützt den weiteren Ausbau der Digitalisierung an den Reutlinger Schulen selbstredend!

### Linke

Die Digitalisierung berührt inzwischen unser aller Lebensbereiche und in Zeiten von KI ist es umso wichtiger, dass unsere Kinder den sicheren und kritischen Umgang mit diesem Medium lernen, möglichst von der Grundschule an. Reutlingen hat bis jetzt das Geld aus dem „Digital Pakt“ sinnvoll eingesetzt. Es ist ein laufender Prozess und die ersten Tablets müssen schon wieder ausgetauscht werden. Der „DigitalPakt“ von Bund und Ländern läuft dieser Tage aus und es ist unbedingt notwendig, dass er neu aufgelegt wird. Die Kommunen können es ohne Unterstützung nicht stemmen. Der Städte – und Gemeindetag ist aufgerufen sich dafür stark zu machen. Eine durchdachte Integration digitaler Lehrmittel kann zu einer höheren Individualisierung des Lernens führen. Je individueller die Bildung, desto stärker die Chancengleichheit. So könnten auch Kinder mit Lernschwierigkeiten oder anderweitigen Handicaps adäquat unterrichtet werden. Dabei bekommen die Lehrer\*innen die Rolle eines Lernbegleiters zu. Risiken bestehen in der Tatsache, dass vor allem große Konzerne wie Google, Amazon und Bertelsmann massiv ins E-Learning investieren, was insbesondere vor dem Hintergrund des unterfinanzierten öffentlichen Bildungssystems kritisch zu sehen ist.



# Frage 5 – Wie wollen Sie den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Reutlinger Grundschulen umsetzen?

## Grüne & Unabhängige

Die Schulfördervereine in der Stadt Reutlingen erbringen ein hohes ehrenamtliches Engagement für die Ganztagsbetreuung an den Reutlinger Schulen. Wir begrüßen die Erhöhung der Geschäftsführerzuschüsse für die Vereine und halten weitere Verbesserungen für erforderlich. Schon jetzt kommt es an manchen Schulen zu Engpässen bei den Anmeldungen zum Ganztagsbetrieb. Im Schuljahr 2026/27 beginnt der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung an Grundschulen ab Klasse 1. Ein Ausbau der Plätze ist deshalb dringend erforderlich. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung muss festgestellt werden, wie sich die Bedarfe an ganztägiger Betreuung zukünftig entwickeln werden. Wir Grünen und Unabhängigen sehen den Ausbau der Ganztagsplätzen an Reutlinger Schulen als wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen.

## WiR

Auch mit Blick auf die Ganztagesbetreuung gilt es, im Rahmen einer Priorisierung die notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Wir müssen in Absprache mit einer Mehrheit des Stadtrats sicherstellen, dass dieser Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung so gestaltet wird, dass auch die Kinder, die das in Anspruch nehmen, wohnortnah und mit ihren vorhandenen Freundinnen und Freunden zur Schule gehen können.

## SPD

Die Rahmenbedingungen für die Ganztagesbetreuung sind durch das Land nicht geklärt. Investitionen sind notwendig, so der Bau der Mensa an der GS Mittelstadt oder an der GS Hohbuch gemeinsam auch für die Bodelschwingschule. Alles ist abhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt.

Mit dem Fördervereinsmodell hat Reutlingen eine große Flexibilität in der Gestaltung der Ganztagesbetreuung. Das Engagement der Vereine darf jedoch nicht überfordert werden. Deshalb unterstützen wir den weiteren Ausbau der Zuschüsse an die Vereine, um eine professionelle Ganztagesbetreuung zu ermöglichen.

Bei der Ausgestaltung der Ganztagesbetreuung als Bildungsangebot könnte unsere Volkshochschule (vhs) mit ihrer Expertise und ihrem Dozentenpool ein weiterer wichtiger Partner sein. In den vergangenen Schuljahren konnten wir beobachten, dass die vhs Reutlingen das Projekt „Lernen mit Rückenwind“ erfolgreich an den Schulen umsetzte. Unsere Kinder brauchen die bestmöglichen Bildungschancen.

## FDP

Der FDP ist die Vereinbarkeit von Schule und Beruf sehr wichtig. Deshalb darf der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung nicht nur auf dem Papier stehen. Wir werden die Schulfördervereine dazu entsprechend ausstatten und hoffen dabei auf die Hilfe des Landes.

## Frage 5 – Wie wollen Sie den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Reutlinger Grundschulen umsetzen?

### CDU

Die CDU wird den Ausbau der Ganztagsbetreuung auch weiterhin unterstützen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung um die Berufstätigkeit beider Eltern zu gewährleisten. Dazu gehört der rasche Ausbau von weiteren Mensen und der Betreuungsangebote. Ein gutes Beispiel hier ist der Erweiterungsbau der Mensa in Rommelsbach.

### AFD

Um das Ganztagesangebot auszubauen, müssen finanzielle Mittel generiert werden zur Finanzierung von Betreuern/Sozialarbeitern/Bundesfreiwilligen-dienste und geeigneten Lehrkräften und es müssen Räumlichkeiten geschaffen werden an den Schulen um dies auch anbieten zu können. Auch hier müssen wir ehrlich sein, dies wird man nicht von heute auf morgen umsetzen können.

### FWV

Die FWV unterstützt die Ganztagesbetreuung! Die wird – realistisch Gesehen – wg. fehlendem fachlich qualifiziertem Personal sehr schwierig werden. Die FWV hat im VKSA aktuell Qualifizierungskurse für interessierte Personen beantragt.

### Linke

Für die Ganztagsbetreuung müssen die notwendigen Sach- und Personalmittel bereit gestellt werden. Durch längeres gemeinsames Lernen wird Kindern in der Schule das Wissen vermittelt, das die Eltern nicht weitergeben können. Die Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas muss flächendeckend ausgebaut werden und ausreichend Fachpersonal einstellt werden, damit Schulaufgaben in der Schule erledigt werden. So kommt es weniger darauf an, wer ein eigenes Zimmer zum Lernen hat und Eltern, die sich mit dem Schulstoff auskennen.

## Frage 6 – Welche Schritte zur Verbesserung der Situation an den Reutlinger sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) einschließlich der Inklusion wollen Sie umsetzen?

### Grüne & Unabhängige

Die jetzt beginnende Schulentwicklungsplanung muss auch die weitere Entwicklung der Reutlinger SBBZ und der Inklusion im Blick haben. Für eine bessere Versorgung der Sonderpädagogik mit Lehrkräften ist das Land zuständig. Als Schulträger hat die Stadt Reutlingen die Aufgabe, Räume, Lehr- und Lernmittel und zusätzliches unterstützendes Personal in der Betreuung und in der Schulsozialarbeit zu finanzieren. Gute Bildung für alle heißt für uns Grüne und Unabhängige, dass wir uns nachdrücklich für gute Lernbedingungen für Menschen mit Behinderung an sonderpädagogischen Einrichtungen und beim Besuch allgemeinbildender Schulen einsetzen.

### WiR

Die SBBZ obliegen in der Verantwortung des Landkreises und des Kreistages. Bei Entscheidungen, die hier getroffen werden, unterstützt WiR priorisierte, bedarfsgerechte Ansprüche.

### SPD

Das Land muss die Lehrerversorgung an den SBBZ deutlich verbessern. Die derzeit sehr unbefriedigende Begleitung der Inklusionskinder in den Regelschulen durch sonderpädagogische Fachkräfte braucht mehr Lehrkräfte. Auch die Barrierefreiheit der Schulen muss verbessert werden.

Der durch die Einführung der Inklusion erwartete Rückgang der Schülerzahlen an den SBBZ ist nicht eingetreten. Die Schülerzahlen in der Inklusion sind gestiegen und ebenso die Schülerzahlen an den SBBZ. Wir begrüßen es, dass die Eltern hier Entscheidungsfreiheit haben.

An der Bodelschwingschule steht der Bau einer Mensa aus. Sehr gravierend ist jedoch der Raummangel an der Peter-Rosegger-Schule. Etliche Kinder werden jetzt in Containern auf dem Schulhof unterrichtet. Ein Neubau ist unbedingt notwendig. Da in der Sonnenstraße nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht, muss ein weiterer Schulstandort geprüft werden und die Finanzierung mit den Umlandgemeinden, aus denen die Schüler kommen, geklärt werden.

### FDP

Die FDP war von Anfang an für Inklusion. Gleichzeitig wollen wir aber die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stärken. Da die Stadt Reutlingen nur sächlicher Schulträger ist, muss sie vor allem die baulichen Voraussetzungen dafür schaffen. Dies muss unserer Meinung nach in enger Verbindung mit dem Landkreis geschehen.

## Frage 6 – Welche Schritte zur Verbesserung der Situation an den Reutlinger sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) einschließlich der Inklusion wollen Sie umsetzen?

### CDU

Bei unseren Gesprächen vor Ort bei der SBBZ haben wir den steigenden Bedarf im Bereich Inklusion und Beratung mit den Mitarbeiterinnen diskutiert. Hier wird die CDU den Ausbau auch personell weiterhin unterstützen. Es ist es ganz entscheidend, dass die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig und kompetent begleitet werden. In den nächsten Haushaltsberatungen werden wir die Erhöhung des finanziellen Bedarfs nach Rücksprache mit den Verantwortlichen des SBBZs beantragen.

### AFD

Leider muss man sagen, daß die Inklusion an den Schulen ist gescheitert. Daher plädieren wir für die Wiederherstellung der Sonderschulen mit spezifischen Angebot.

### FWV

SBBZ Schulen gehören deutlich in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises. Dort – und letztlich im Kreistag – muss mehr Druck gemacht werden.

### Linke

An allen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt sein, dass alle Barrieren abgebaut werden und sie grenzenlos zugänglich für Schüler:innen mit Behinderungen sind. (Sonderpädagogisches) Betreuungspersonal, das den Schüler:innen mit Behinderungen die Teilhabe am Regelunterricht ermöglicht, muss immerzu berücksichtigt werden, denn wahre Inklusion darf nie spalten oder ausgrenzen.

# Frage 7 – Welches weitere Thema möchten Sie in Bezug auf die Reutlinger Schulen nicht unerwähnt lassen und wie möchten Sie dieses angehen?

## Grüne & Unabhängige

Investitionen in gute Bildung in Kita, Schule bis zur Erwachsenenbildung sind wichtige Zukunftsinvestitionen. Reutlingen braucht auch in einer angespannten Haushaltslage den Mut, in seine Bildungseinrichtungen zu investieren. Wir Grünen und Unabhängigen setzen uns für einen breiten Beteiligungsprozess in der Schulentwicklung ein, in dem Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen, Schulfördervereine und alle an guter Bildung in unserer Stadt Interessierte gehört werden und sich aktiv einbringen können.

## WiR

Wir halten eine moderne Lernumgebung für unerlässlich, damit die Motivation und Konzentration der Schülerinnen und Schüler verbessert wird.

Des Weiteren ist uns eine qualitativ einheitliche Verpflegung der Reutlinger Schülerinnen und Schüler wichtig. Die Einführung von Mindeststandards unter der Aufsicht der Stadtverwaltung (Schulträger) erscheint uns hier ein geeigneter Weg.

Das vorhandene Fördervereinsmodell (Reutlinger Modell) wird von diversen Seiten kritisch gesehen. Diese Kritik sollte aufgegriffen und das gesamte Modell in Abstimmung mit den Fördervereinen einer detaillierten, ergebnisoffenen Prüfung unterzogen werden, um die vorhandenen Kritikpunkte aufzuarbeiten bzw. abzustellen.

Wir halten es für notwendig, die Schulthemen gemeinsam mit dem GEB und ggf. anderen Betroffenen zu erarbeiten um entsprechende Anträge zu stellen, für die dann Mehrheiten gefunden werden müssen.

## SPD

Viele Eltern haben sich an die SPD-Fraktion gewandt. Die Eltern der Minna-Specht-GMS und die Eltern der Friedrich-Hoffmann-GMS haben die Fraktionen angeschrieben mit ihren Forderungen zu den Schulsanierungen und zum Ausbau der Oberstufe der Gemeinschaftsschulen. Die SPD-Fraktion hat die Schreiben zum Anlass für Gespräche mit den Eltern genommen. In zwei gut besuchten Veranstaltungen im Ratssaal der Stadt haben uns die Elternvertretungen und die Eltern gemeinsam mit Schülern und den Schulleitungen die dramatischen Schulsanierungsrückstände geschildert. Dabei wurde deutlich, dass eine große Verdrossenheit bei den Eltern, Schülern und Lehrern besteht. Für die SPD ist es sehr wichtig, dass durch die Gespräche und den direkten Austausch die Situation erläutert werden kann. Ganz offensichtlich besteht bei vielen Eltern und Pädagogen keine ausreichende Kenntnis der derzeitigen Situation in der Stadt. Dies wurde uns auch bei Besuchen im Spitalhofgebäude des List-Gymnasiums deutlich. Deshalb sehen wir eine Hauptaufgabe darin, dass Eltern und Schulen besser informiert und besser in die Entwicklung eingebunden werden. Hier sehen wir auch eine Aufgabe für den Gesamtelternbeirat.

## FDP

Die FDP hält die Einrichtung einer weiteren Realschule in Reutlingen für dringend erforderlich. Diese könnte unserer Meinung nach auch durch einen freien Träger eingerichtet werden.

## Frage 7 – Welches weitere Thema möchten Sie in Bezug auf die Reutlinger Schulen nicht unerwähnt lassen und wie möchten Sie dieses angehen?

### CDU

Die CDU wird beim nächsten Doppelhaushalt die Durchführung eines Sicherheitstrainings für alle Schüler erneut beantragen. Hierbei sollen die Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen auf schwierige Situationen vorbereitet werden (zB. wenn Kinder und Jugendliche von Fremden angesprochen wird, Reaktion bei Auseinandersetzungen und körperlichen Übergriffen usw.)

### AFD

Wir werden anstreben, dass die Stadt eine Stelle schaffen muss, um die Sucht und Präventionsmaßnahmen an allen Schulen zu gewährleisten. Aufgrund des neuen Gesetzes der Legitimierung des Konsums von Cannabis sehen wir eine große Gefahr für die Jugend. Daher muss bei der Stadt eine Stelle geschaffen werden für Präventionsmaßnahmen, damit der Bedarf an den Schulen abgedeckt werden kann. Gleichzeitig gibt es viele gute Ansätze für Jugendprojekte in der Gemeinde Reutlingen, doch leider scheitert es hier meist an den Förderungen, dies wollen wir ändern.

### FWV

Die FWV unterstützt – sofern finanziell irgendwie möglich – alle Maßnahmen, die allen unseren Kindern eine optimale Bildung ermöglichen. Eine bessere Investition in die Zukunft gibt es nicht!

### Linke

Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert statt sie abzubauen. Deshalb strebt Linke Liste einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem an, in dem alle Schüler:innen gemeinsam und voneinander lernen. Schulen müssen nachhaltig zu Orten des Lernens und Lebens mit attraktiven Ganztagsangeboten und kostenfreiem Mittagessen weiterentwickelt werden. Daher betrachten wir den Ausbau von inklusiven Gemeinschaftsschulen als unerlässlich, den sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert wird.